



Thorsten Frei: Bundesregierung lässt Häuslebauer und Unternehmen im Regen stehen

Das von Robert Habeck geführte Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat unangekündigt die Förderung des Wohnraumbaus nach den Standards ,KfW 55‘ und ,KfW 40‘ ausgesetzt. Dazu erklärt der Bundestagsabgeordnete und Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei:

Berlin, 25.01.2022

Thorsten Frei MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73 972
Fax: +49 30 227-76 972

Wahlkreisbüro:

Justinus-Kerner-Straße 5
78048 Villingen-Schwenningen
Telefon: +49 7721 99 535 44
Fax: +49 7721 99 535 45

thorsten.frei@bundestag.de
www.thorsten-frei.de

V.i.S.d.P.
Thorsten Frei MdB

"Die völlig überraschende Aussetzung der KfW-Förderung ist ein Schlag ins Gesicht vieler Wohnungsunternehmen und der Bauwirtschaft. Ganz besonders hart trifft dieser Schritt aber private Häusle-Bauer und junge Familien. Angesichts knapper Bauflächen und hoher Immobilienpreise ist die Anschaffung eines eigenen Heims oft eine scheinbar unlösbare Aufgabe. Mit dem Wegfall dieser staatlichen Förderung wird diese Herausforderung noch einmal erheblich verstärkt.

Sicherlich lässt sich streiten, ob der Standard ,KfW 55‘ weiter wie bisher gefördert werden sollte, da sich dieses Maß der Energieeinsparung beim Hausbau heute bereits etabliert hat. Aber ehrlicherweise hätte zunächst ein Anschlussprogramm geplant und auf die Beine gestellt werden müssen. Auch um die Förderung für den KfW40-Standard zu erhalten.

Jetzt schauen viele Menschen unverschuldet in die Röhre, da mit dem Wegfall der Förderung die Finanzierung und damit der Traum vom eigenen Zuhause in vielen tausend Fällen wie ein Kartenhaus zusammenbrechen dürfte. Da die Projektierung und Planung eines Hauses mitunter mehrere Monate dauern kann, ist die Förderstopp über Nacht inakzeptabel.

Angesichts einer Wohnungsnot selbst abseits von Großstädten braucht es einen Bau-Turbo. Diese Entscheidung aber bewirkt genau das Gegenteil und dürfte damit zum Sargnagel für das vollmundige Versprechen von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr werden, wenn nicht ganz schnell eine Folgeförderung aufgesetzt wird. Statt die Menschen zu verprellen, sollte die Bundesregierung die Kraft aufbringen, die Bearbeitungsdauer von Bauanträgen zu beschleunigen, so wie auch wir es fordern."